NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	7. Mai 2015		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18.00 Uhr	Sitzungsende:	20.15 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Bürgermeister

Mirko Kretschmer-Schöppan
Jörg-Peter Schautz

Erster Bürgermeister
Zweiter Bürgermeister, Geschäftsführer Technologie-
und Gründerzentrum Freital GmbH

Amtsleiter/innen und Mitarbeiter/innen

Henryk Eismann
Andreas Funk
Gerd Glöß
Daniel Hartig
Ilona Helbig
Gabriele Kerger
Holger Leuschner
Inge Nestler
Ullrich Prax

Wirtschaftlicher Referent
Amtsleiter Finanzverwaltung
Amtsleiter Ordnungsamt
Betriebsleiter Abwasserbetrieb
Amtsleiterin Amt für Soziales, Schulen und Jugend
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Amtsleiter Hauptamt
persönliche Referentin des Oberbürgermeisters
Sachgebietsleiter Datenverarbeitung/Organisation/
Allgemeine Verwaltung
stellv. Amtsleiterin Stadtbauamt
Amtsleiter Stadtbauamt
Schriftführerin
Juristischer Referent

Heike Richter
Gerhard Schiller
Heike Tiltmann
Helmut Weichlein

Geschäftsführer

Matthias Leuschner
Ulrich Rudolph
Uwe Rumberg
Jörg Schneider

FREITALER STROM+GAS GMBH
FREITALER STROM+GAS GMBH
Wohnungsgesellschaft Freital mbH
Technische Werke Freital GmbH

Abwesenheit:**Stadträtinnen/Stadträte**

Heike Druhm
Alexander Frenzel
Dr. Olaf Wasner

entschuldigt, privat
entschuldigt, privat
entschuldigt, Urlaub

Zuhörer: 13

Herr Mättig begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Herr Abraham stellt den Antrag, nach dem Tagesordnungspunkt zwei eine Bürgerfragestunde einzufügen.

Herr Mättig führt aus, dass quartalsweise eine Bürgerfragestunde im Stadtrat stattfindet und die letzte erst im Stadtrat am 31. März 2015 gewesen ist.

Da es keine Wortmeldungen zum Antrag von Herrn Abraham gibt, bringt Herr Mättig diesen zur Abstimmung. Von den anwesenden 30 Stimmberechtigten stimmen 7 mit Ja und 18 mit Nein. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt es nicht. Damit ist sie ungeändert angenommen.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	7. Mai 2015

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 5. Februar 2015 und 5. März 2015
3. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
4. Informationen und Anfragen
5. (Vorlagen-Nr.: I 2015/004)
Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 1. Quartal 2015
6. (Vorlagen-Nr.: B 2015/030)
Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum April 2015
7. (Vorlagen-Nr.: B 2015/022)
Ankauf des Flurstücks 68 d der Gemarkung Kleinburgk (Tierheimgrundstück)
8. (Vorlagen-Nr.:)B 2015/026
Änderung der Zustellung des Freitaler Anzeigers
9. (Vorlagen-Nr.: B 2015/028)
Neubau eines zentralen Serverraumes für die Verwaltung der Großen Kreisstadt Freital
10. (Vorlagen-Nr.: B 2015/029)
Verordnung über die verkaufsoffenen Sonntage 2015

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr J. Müller kommt. Somit sind 31 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Mättig stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschriften vom 5. Februar 2015 und 5. März 2015

Gegen die Niederschrift vom 5. Februar 2015 liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift vom 5. März 2015 wird einschließlich des Austauschblattes bestätigt.

Tagesordnungspunkt 3

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Kretschmer-Schöppan informiert, dass momentan in Freital 279 Asylbewerber (261 Männer, 10 Frauen und 8 Kinder) leben. Davon 129 Personen im ehemaligen Leonardo Hotel. Der ins Leben gerufene Beirat Asyl trifft sich 14-tägig nichtöffentlich. Alle Informationen die bei der Stadt Freital zum Thema Asyl eingehen, werden an die beteiligten Beiräte weitergeleitet. Damit ist sichergestellt, dass alle Fraktionen sowie die Stadt Freital den gleichen Informationsstand haben. Dies trägt zur Transparenz zum Beispiel bei Bürgeranfragen bei.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Tagesordnungspunkt 4

Informationen und Anfragen

Herr Mättig informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet wurden:

- von Herrn Frost zum Ausbau Breitbandnetz
- von Herrn Käfer bezüglich der Umleitung über die Kohlenstraße bei der Vollsperrung der Poisentälstraße
- von Herrn Dr. Wasner zur Asylthematik
- des Bürgers Herrn Jährling zu den Standplätzen Windbergfest. Den Stadträten ist eine Kopie des Schreibens zugegangen.

Weiterhin informiert er über die am morgigen Tag, 9.00 Uhr gemeinsam mit dem „Das Zusammenleben“ e.V. stattfindende Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung.

Herr Heger fragt hinsichtlich der morgen beginnenden Streiks in den Kindereinrichtungen, ob die Eltern für diesen Zeitraum die Elternbeiträge erstattet bekommen.

Frau Helbig geht davon aus, dass keine Rückerstattung der Elternbeiträge erfolgt.

Herr Richter fordert im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Oberbürgermeister auf, zeitnah eine Bürgerversammlung zum Thema Asyl einzuberufen. Wenn Herr Mättig dies nicht tut, wird die Fraktion DIE LINKE. einen entsprechenden Antrag zur Beschlussfassung im Stadtrat Juni einreichen.

Herr Mättig wird weder Ja noch Nein zu einer Bürgerversammlung sagen. Die Fraktion DIE LINKE. hat das Recht einen Antrag zu stellen und wenn dieser mehrheitsfähig entschieden wird, wird Herr Mättig ihn umsetzen. Des Weiteren sollte auch vom Stadtrat festgelegt werden, welcher Personenkreis für die Bürgerversammlung eingeladen werden soll.

Herr Pfitzenreiter nimmt Bezug auf die Haushaltsberatung zum Haushalt 2015, wo es unter anderem eine Auflistung der Wirtschaftsbetriebe Freital GmbH zur Verwendung der Mittel der Wirtschaftsförderung gibt. Einen Großteil des Betrages (ca. 2/3) für das Jahr 2015 erhält die Technologie- und Gründerzentrum Freital GmbH. Um sich für den im Juni stattfindenden Ausschuss Neuausrichtung Städtischer Gesellschaften vorbereiten zu können, bittet Herr Pfitzenreiter um eine detaillierte Übersicht zur Mittelverwendung.

Herr Gliemann schildert, dass er mehrmals von einem ehemaligen Stadtrat angesprochen wurde, welcher sich kritisch äußert, dass nicht an die gestrige vor 25 Jahren stattgefundene erste demokratische Wahl erinnert wird.

Herr Meyer reicht im Namen der Fraktion Bürger für Freital einen Antrag zur Festlegung der weiteren Verfahrensweise zur ehemaligen Lederfabrik ein.

Herr Nagel fragt zur Betreuung der Asylbewerber, ob schon Strukturen, wie zum Beispiel Teilnahme an Sprachkursen, gesundheitliche Untersuchung usw. erkennbar sind.

Frau Hildebrandt-Fischer antwortet, dass es ein Willkommensbündnis gibt, welches sich in fünf Arbeitsgruppen (Sprache, Lebensgewohnheit, Begegnungsnachmittage, Kultur- und Sportpatenschaften, Öffentlichkeitsarbeit) unterteilt. Diese Arbeitsgruppen kommen regelmäßig mit den Asylbewerbern zusammen. Ein Sprachkurs findet im ehemaligen Leonardo Hotel und einer im „Das Zusammenleben“ e. V. statt. Weitere sind in der Volkshochschule geplant, die jedoch noch bewilligt werden müssen.

Herr Nagel bittet, eventuell in vier bis sechs Wochen über die Teilnahme zu informieren.

Frau Ebert fragt nach dem Stand zur Sanierung der Grundschule Wurgwitz.

Herr Schautz antwortet, dass sich die Planungsleistungen im Zeitplan befinden und der Bauantrag eingereicht wurde und gegenwärtig bearbeitet wird.

Herr Schneider äußert, dass der Ortschaftsrat Pesterwitz allen Stadträten eine Einladung für den 20. Mai 2015 hat zukommen lassen, für eine Informationsveranstaltung in Pesterwitz zur Baumaßnahme „Am Dorfplatz“. Wie bekannt wurde, findet an dem gleichen Tag eine Terminüberscheidung mit der Vorstellung der Oberbürgermeisterkandidaten durch die Sächsische Zeitung statt. Herr Schneider sagt hiermit den Termin für den 20. Mai 2015 in Pesterwitz ab und wird einen neuen Termin festlegen.

Herr Frost möchte wissen,

- wann der Jahresabschluss 2015 den Stadträten vorgelegt wird.
- wann die Tablets für die Ratsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Weiterhin weist er auf die wiederholten Probleme bei der Entsorgung der Biomüll-Tonnen in Pesterwitz hin. Wenn von Seiten des Entsorgers der Termin zur Abholung nicht eingehalten werden kann, sollte wenigstens eine Information erfolgen. Herr Frost bittet, dass die Probleme durch Herrn Mättig im Kreistag angesprochen werden.

Herr Mättig wird sich der Angelegenheit annehmen.

Herr Leuschner führt zu den Tablets für die Ratsarbeit aus, sobald der Haushalt bestätigt ist, erfolgt die Ausschreibung.

Frau Dr. Darmstadt kommt. Somit sind 32 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Funk bemerkt, dass für den Jahresabschluss 2014 noch kein konkreter Termin genannt werden kann. Es fehlt auch noch der Jahresabschluss 2013. Beide basieren auf der Eröffnungsbilanz und solange die nicht vorliegt, können die Jahresabschlüsse nicht erstellt werden.

Frau Mihály-Anastasio wurde in einem Gespräch mit dem Gesundheitsamt mitgeteilt, dass es in Freital große Probleme mit Ratten gibt und entsprechend schon Köderstellen ausgelegt wurden. In diesem Zusammenhang regt sie an, die gelben Säcke durch gelbe Tonnen zu ersetzen.

Herr Mättig äußert, dass die gelbe Tonne aus unerklärlichen Gründen abgelehnt wurde. Er wird die Bitte jedoch mit aufnehmen, um bei einem Wechsel des Anbieters dies mit zu berücksichtigen.

Herr Wolframm nimmt Bezug auf die Frage von Herrn Nagel zu den Sprachkursen für Asylbewerber. Aus dem Beirat Asyl ist bekannt, dass im Bereich der Sprachkurse bis auf die DAZ-Klassen in Hainsberg (Deutsch als Zweitsprache), nichts passiert. Weiterhin nimmt er Bezug auf das aktuelle Amtsblatt Nr. 9/2015 wo das Areal „Sächsischer Wolf“ (ca. 21.000 m²) zum Verkauf ausgeschrieben wird. Ihm ist nicht bekannt, dass der Stadtrat die Ausschreibung zum Verkauf beschlossen hat. Die Ausschreibung enthält keine konkreten Vorgaben. Herr Wolframm sieht sie als rechtswidrig an.

Herr Mättig ist der Meinung, dass der Verkauf einmal angeschoben werden muss. Wenn sich Interessenten bei der Ausschreibung bewerben, werden die Konzepte dem Baubürgermeister vorgelegt. Von Seiten der Verwaltung wurden schon andere Flächen zum Verkauf ausgeschrieben, wo es von Seiten des Stadtrates keinen Widerstand gab. Herr Mättig kann an der Ausschreibung zum Areal „Sächsischer Wolf“ nichts Rechtswidriges erkennen.

Herr Nagel ist nach der Vorstellung von zwei Interessenten im Technischen und Umweltausschuss am 23. April 2015 verwundert über die Ausschreibung, weil davon in der Sitzung nicht die Rede war.

Herr Mättig ist davon überzeugt, dass eine Ausschreibung zwingend notwendig ist. Bei vielen Grundstücken wurde, nachdem sich Interessenten gefunden haben, festgestellt, dass die Fläche hätte ausgeschrieben werden müssen, was dann im Nachgang nachgeholt wurde. Wenn es vom Stadtrat gewollt ist, die Ausschreibung zurückzuziehen, wird dies gemacht, dann muss der Stadtrat aber auch sagen, was er mit dem Grundstück machen möchte.

Herr Frost ist ebenfalls der Meinung, dass vor einer Ausschreibung der Stadtrat zu hören ist. So wie es bisher bei den Grundstücksgeschäften gelaufen ist, kann es nicht mehr weitergehen. Er schließt sich der Forderung an, die Ausschreibung zurückzuziehen und einen Beschluss des Stadtrates herbeizuführen. Weiterhin fragt er, ob es mittlerweile einen Termin zur Akteneinsicht für die Umnutzung des ehemaligen Leonardo Hotels in eine Asylunterkunft gibt.

Herr Mättig legt dar, dass ein Bauantrag in der unteren Bauaufsicht vorliegt. Momentan wird rechtlich geprüft, ob aus datenschutzrechtlichen Gründen die Akte zur Einsicht vorgelegt werden kann.

Herr Wolfram bedankt sich bei der Sächsischen Zeitung für die Berichterstattung in den letzten Tagen über Internetseiten zu Freital, die sich menschenverachtend äußern. Er hätte sich gewünscht, dass auch von Seiten des Oberbürgermeisters Stellung zu den rassistischen Äußerungen genommen wird.

Herr Mättig erwidert, dass bisher auch von Seiten Herrn Wolframs keine Äußerungen bzw. Stellungnahmen dazu gegeben wurden. Von Seiten der Stadt Freital kann nicht jede Internetseite oder anonyme Geschichte kommentiert werden. Wenn Bürger sich an die Stadt wenden, werden diese auch beantwortet. Einfach pauschal in den Raum zu stellen, dass die Stadt Freital sich wegduckt, ist nicht korrekt.

Herr Wolfram stellt im Namen der Fraktion SPD/Die Grünen für den Stadtrat Juni folgende zwei Anträge:

1. Zur Suche, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsangeboten, Diskussion zum Bildungsauftrag der Einrichtungen und Darlegung des baulichen Zustandes der Kindertageseinrichtungen.
2. Die Fortführung des Beschäftigungsverhältnisses mit Herrn Eismann zur Entscheidung vorzulegen

Herr Brandau fragt hinsichtlich der Ausschreibung zum Verkauf des Areals „Sächsischer Wolf“, welchen Inhalt die Ausschreibungsunterlagen haben. Es wäre richtig, diesen Inhalt mit den Stadträten abzustimmen. Des Weiteren stellt sich Herr Brandau die Frage, ob Herr Schautz als Ansprechpartner in der Annonce nicht besser gewesen wäre als Herr Eismann.

Herr Mättig führt aus, dass die Inhalte der Ausschreibung die Festlegungen der STEG sind. Herrn Eismann als Ansprechpartner aufzuführen sieht Herr Mättig richtig. Die Kritik an der Ausschreibung kann Herr Mättig nicht nachvollziehen. Bisher sind immer Ausschreibungen erfolgt, ohne sie vorher mit dem Stadtrat abzusprechen.

Herr Brandau stellt generell das Verfahren der Ausschreibungen in Frage. Bezüglich des Lobes von Herrn Wolfram an der Sächsischen Zeitung führt Herr Brandau aus, dass es auch Zeiten gab, wo Freital als „Pegidaland“ bezeichnet wurde. Gegen so eine Darstellung wehrt sich Herr Brandau. Weiterhin fragt er

- zum Bahndamm in Kleinnaundorf, wann die weitere Asphaltierung erfolgt.
- wie es mit der baufachlichen Stellungnahme zum Schulstandort Hainsberg weitergeht, die den Stadträten zugegangen ist.
- welche Abstimmungen bisher mit dem Kulturhaus Freital bezüglich des Jahresabschlusses 2013 erfolgt sind. Vor ca. zwei Jahren wurde der Gedanke geäußert, den Vertrag mit dem Kulturverein zu kündigen, da es nicht so läuft und es haushalterisch Probleme gab. Wie ist heute der Stand dazu?

Frau Richter antwortet, wenn der Haushalt freigegeben ist, mit der Asphaltierung des Bahndammes fortgefahren wird.

Herr Kretschmer-Schöppan bemerkt zur baufachlichen Stellungnahme des Schulstandortes Hainsberg, dass dies ein Tagesordnungspunkt im Bildungsausschuss am 19. Mai 2015 ist. Zum Kulturhaus äußert er, dass es aktuell ein Gespräch mit dem Kulturverein gab, wo gewisse Sachen ausgewertet wurden. Für das Jahr 2014 liegen noch keine verbindlichen Zahlen vor, so dass ein Vergleich zwischen den Jahren 2013 und 2014 noch nicht stattfinden konnte. Die ersten Tendenzen lassen jedoch erkennen, dass es zum Beispiel im Gastrobereich eine Verbesserung gibt. Die Thematik Kündigung wurde im Sozial- und

Kulturausschuss diskutiert. Der Stadtrat hat darüber eine Entscheidung zu treffen und somit steht es der Stadt nicht zu, in irgendeiner Form Schritte in Richtung einer Kündigung einzuleiten. Herr Kretschmer-Schöppan ist der Meinung, dass in erster Linie versucht werden sollte, den Kulturverein auf sichere Füße zu stellen. Des Weiteren gab es bei der letzten Vorstellung im Sozial- und Kulturausschuss positive Signale gegenüber dem Verein.

Herr Brandau erwartet, dass in erster Linie die Verwaltung dafür sorgen muss, effizient zu arbeiten und das Beste herauszuholen.

Frau Müller kritisiert aufs schärfste die Kommentare auf den Internetseiten wie Facebook usw. gegen Asylbewerber, die nach ihrer Meinung schon Morddrohungen sind. Sie ist der Meinung, dass sich dazu auch die Stadträte zu positionieren haben. Zur Außenanlage der neuen Kindertagesstätte am Goetheplatz bemerkt sie, dass nach Aussage im Sozial- und Kulturausschuss am 21. April 2015 die vorgeschriebenen 10 m² pro Kind zwar eingehalten werden, sie aber dennoch sehr klein erscheint. Sie bittet zu prüfen, inwieweit eine Vergrößerung möglich ist.

Herr Mättig informiert, dass momentan versucht wird, Möglichkeiten zu finden, die Außenanlage zu vergrößern. Dies hat aber nichts damit zu tun, dass die jetzige zu klein ist, sie entspricht der Norm und ist so auch abgenommen wurden.

Frau Müller bittet, diese Aussage schriftlich zu bekommen.

Herr Mättig sichert es zu.

Herr Nagel fragt, ob der Stadt Freital weitere Akten zu den Maßnahmen am ehemaligen Kindergarten in Hainsberg (Dresdner Straße 288) bekannt sind.

Herr Mättig schildert, dass es einen Bauantrag eines Planungsbüros gibt, der beim Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge eingereicht wurde, hinsichtlich Asylunterkunft. Weiteres ist nicht bekannt.

Herr Gliemann bittet, dass Facebookeinträge im Stadtrat nicht kommentiert werden, da dies nichts mit der Ratsarbeit zu tun hat.

Herr Pfitzenreiter nimmt Bezug auf die Ausschreibung zum Areal „Sächsischer Wolf“. Soweit er sich entsinnen kann, bezieht sich diese auf die Vorstellungen im Technischen und Umweltausschuss. Subjektiv hat er empfunden, dass es manchen nicht schnell genug geht, den Prozess in Gang zu bringen.

Herr Mayer weist bezüglich des Antrages auf Akteneinsicht darauf hin, dass der Oberbürgermeister nach Sächsischer Gemeindeordnung die Pflicht hat, die Akteneinsicht zu gewähren, wenn das Quorum erfüllt ist. Daher sollte umgehend von Seiten der Verwaltung ein Termin zur Akteneinsicht der Unterlagen zur Umnutzung des ehemaligen Leonardo Hotels festgelegt werden. Des Weiteren zitiert Herr Mayer Auszüge aus der Sächsischen Gemeindeordnung, die festlegt, dass über die Verfügung von Gemeindevermögen, welches für die Stadt von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung ist, der Stadtrat zu entscheiden hat. Bei dem Areal „Sächsischer Wolf“ handelt es sich um eine Fläche mit erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, so dass der Stadtrat im Vorfeld der Ausschreibung gehört werden muss. Herr Mayer fordert Herrn Mättig auf, die Ausschreibungsunterlagen den Stadträten umgehend zukommen zu lassen.

Herr Käfer bittet, den Kinderspielplatz hinter der ehemaligen Grundschule Kleinnaundorf schnellstens wieder herzurichten, damit dieser dann auch von den Schülern der Grundschule Wurgwitz bei ihrer Auslagerung nach Kleinnaundorf genutzt werden kann. Weiterhin möchte er wissen, weshalb der Ortschaftsrat Kleinnaundorf bei einer Begehung vor Ort wegen einer möglichen Änderung der Zuwegung zum Spielplatz nicht einbezogen wurde.

Herr Schautz erinnert an seine Ausführungen in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters, wo keine Rede von einer Begehung vor Ort war. Er hat lediglich mitgeteilt, dass eine öffentliche Nutzung des Spielplatzes hinter der ehemaligen Grundschule über den Weg/die Wiese von der Turnhalle aus nicht möglich ist. Dafür ist die Verkehrssicherheit nicht gegeben.

Herr Käfer sieht dies anders, da Herr Schautz selbst von einer Begehung vor Ort gesprochen hat, wo unter anderem eine Inselförderung angesprochen wurde.

Herr Schautz wiederholt, dass er, so lange er an der Dienstberatung des Oberbürgermeisters teilgenommen hat, nicht von einer Begehung gesprochen hat.

Herrn Abraham ist zugetragen worden, dass der Landkreis zwei Containerdörfer zur Unterbringung von Asylbewerbern plant, wovon eins in Freital mit einer Kapazität von ca. 500 Personen entstehen soll. Inwiefern entspricht dies der Tatsache? Des Weiteren fragt er, ob die Möglichkeit besteht, Asylbewerber aufzufordern, sich nicht auf Kinderspielplätzen aufzuhalten sondern die öffentlichen Parkanlagen zu nutzen.

Herrn Mättig ist die Schaffung von Containerdörfern nicht bekannt. Ein Verbot zur Nutzung bzw. Betreten von Spielplätzen durch Asylbewerber ist schwierig umzusetzen.

Herr Wolframm macht deutlich, dass jeder Asylbewerber das Recht hat, mit seinem Kind auf einen Spielplatz zu gehen. Es gibt auch Deutsche, die mit ihren Bierflaschen auf einem Spielplatz nichts zu suchen haben. Es muss klar und deutlich gesagt werden, dass Rassismus im Stadtrat nicht gewollt ist.

Frau Dr. Darmstadt bittet, den Wahlkampf außerhalb des Ratssaales zu lassen.

Frau Helbig informiert, dass aktuell fünf Personen in den Obdachlosenunterkünften in Zuckerode wohnen, bis Montag waren es noch sechs. Die Höchstgrenze von 10 Personen wurde bislang noch nicht ausgeschöpft.

Herr Abraham äußert, dass er in seinem persönlichen Umfeld durchaus Menschen mit anderer Hautfarbe bzw. ausländischer Herkunft hat und er den Vorwurf Rassismus nicht auf sich sitzen lässt.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 5

I 2015/004

Informationen nach § 12 Abs. 4 Nr. 3 und 4 der Hauptsatzung der Großen Kreisstadt Freital - 1. Quartal 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 28. April 2015

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Entscheidung über die Annahme von Spenden im Zeitraum April 2015

Mit Stand vom 30. April 2015 ist allen Stadträten eine aktualisierte Anlage zugegangen. Der Beschlussvorschlag wird entsprechend geändert.

Herr Gliemann hat eine Spende geleistet und erklärt sich befangen. Er verlässt das Gremium. Damit sind es 31 Stimmberechtigte.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 042/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die in der Anlage 1 aufgeführten Spenden mit Stand 30. April 2015 anzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	32
Davon stimmberechtigt:	31
Ja-Stimmen:	31
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0
Befangen:	1

Ankauf des Flurstücks 68 d der Gemarkung Kleinburgk (Tierheimgrundstück)

Herr Gliemann kommt ins Gremium zurück. Es sind wieder 32 Stimmberechtigte.

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA) am 28. April 2015

Herr Mättig führt aus, dass aus der Beratung im Finanz- und Verwaltungsausschuss heraus den Stadträten der Erbbaurechtsvertrag zwischen dem Landkreis und dem Tierschutzverein sowie die Einnahmen aus den Umlagen der umliegenden Gemeinden zugegangen ist.

Herrn Mayer fehlt nach wie vor ein Nutzungskonzept für die restlich verbleibende Nutzfläche. In den Unterlagen wird nur auf zwei Räume (28,5 m²) Bezug genommen die vom Tierheim genutzt werden. Insgesamt wird die Nutzfläche mit 520 m² angegeben, so dass es für ca. 491 m² kein Nutzungskonzept gibt. Es hat den Eindruck, dass der Verein das Gebäude in dieser Größenordnung nicht benötigt. Des Weiteren fehlt eine Ermittlung der Folgekosten für die Sanierung, Unterhaltung usw.. Zum Erbbaurechtsvertrag bemerkt er, dass dieser auf den neuen Erwerber übergeht und somit kein neuer Vertrag mit dem Tierschutzverein abgeschlossen werden muss. Darüber hinaus ist nicht nachzuvollziehen, bis wann der Erbbaurechtsvertrag läuft, da es einmal die Jahreszahl 1996 und einmal 1999 gibt. Die AfD-Fraktion ist der Meinung, dass aufgrund fehlender Unterlagen die Vorlage heute nicht beschlossen werden kann.

Herr Mättig kann die Aussage von Herrn Mayer zur Nutzung von nur 28,5 m² nicht nachvollziehen. Vom Tierschutzverein wird das gesamte Objekt genutzt. Die Jahreszahlen 1996 bzw. 1999 müssten noch einmal geprüft werden. Das in den letzten Jahren am Tierheim nicht viel gemacht wurde und in Zukunft Maßnahmen notwendig sind, dürfte jedem bekannt sein. Herr Mättig hatte den Auftrag, mit dem Landkreis zum Tierheim zu verhandeln, dies hat er getan und das Ergebnis ergibt sich aus der vorliegenden Vorlage. Wenn dies vom Stadtrat so nicht gesehen wird, muss es mehrheitlich abgelehnt werden. Er spricht sich jedoch für die Übernahme des Objektes vom Landkreis mit Eintritt in den bestehenden Erbbaurechtsvertrag aus.

Herr Weichlein ergänzt, dass die von Herrn Mayer angesprochenen 28,5 m² vermutlich daher rühren, dass in einem Teil der Gutachten eine minimale Sanierung angedeutet wurde. Tatsächlich nutzt der Tierschutzverein das ganze Gebäude, so dass kein fehlendes Nutzungskonzept nachzureichen wäre. Mit dem Erbbaurechtsvertrag ist der Verein Eigentümer des Gebäudes und somit auch für die Unterhaltung zuständig. Der Beschlussvorschlag wurde nach der Beratung im Finanz- und Verwaltungsausschuss wie folgt ergänzt:

„Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Erwerb des Flurstücks 68 d der Gemarkung Kleinburgk (5.551 m²) zum Kaufpreis von 1,00 Euro unter Voraussetzung des Eintritts in den bestehenden Erbbaurechtsvertrag zwischen Landkreis und Tierschutzverein Freital und Umgebung e.V.“

Herr Meyer bemerkt im Namen der Fraktion Bürger für Freital, dass der Verein über Jahre hinweg die im Erbbaurechtsvertrag verankerte Verpflichtung zum Erhalt des Hauses nicht erfüllt hat. Des Weiteren fehlt noch eine große Summe, um den Betrieb zu erhalten und die Kosten der Mitarbeiter zu decken. Vom Vorstand wurde im Finanz- und Verwaltungsausschuss mitgeteilt, dass er bei der Wahl im nächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung steht sowie zum Jahresende die vertraglich verbundenen Verpflichtungen aufgehoben werden. Eine Möglichkeit der Prüfung wäre die Schaffung einer Tierpension.

Herr Mättig weist Herrn Meyer darauf hin, dass er nichtöffentliche Informationen aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss bekannt gibt.

Frau Dr. Darmstadt spricht sich für die Anerkennung des Ehrenamtes des Tierschutzvereins aus und würdigt die Arbeit. Wichtig ist zu wissen, dass die Stadt Freital in den bestehenden Erbbaurechtsvertrag eintreten kann und es nicht heißt, mit Übergang an die Stadt Freital muss das Gebäude saniert werden. Die Stadt Freital hat in den letzten Jahren immer zum Tierheim gestanden und dort wo es machbar war, unterstützend zur Seite gestanden. Weshalb steht man jetzt nicht dazu? Die CDU-Fraktion stimmt mehrheitlich der Vorlage zu.

Herr Heger fragt, inwieweit es eine Aufgabe der Verwaltung ist, sich dem Tierheim anzunehmen.

Herr Mättig antwortet, dass es eine Pflichtaufgabe jeder Verwaltung ist, sich um herrenlose Tiere zu kümmern. Da sich nicht alle Gemeinden ein Tierheim leisten können, gibt es entsprechende Vereinbarungen zwischen den Kommunen und dem Tierheim, die sich über Umlagen an den Kosten beteiligen.

Herr Brandau spricht sich für die Vorlage aus.

Herr Pfitzenreiter sieht in dem Standort auf dem Windberg gewisse Vorteile für das Tierheim. Seit vielen Jahren wird das Tierheim vom Tierschutzbund betrieben. Dies zeigt, dass es in einem gewissen Umfang tragfähig ist.

Frau Mihály-Anastasio möchte wissen, wieviel Fundtiere im Jahr aufgenommen werden.

Herr Glöß antwortet, dass es ca. 30 Fundhunde sind, wovon 25 in der Regel von deren Besitzer wieder abgeholt werden und es zwischen 100 bis 120 Katzen sind, die dann vermittelt werden.

Herr Mayer nimmt Bezug auf das vorliegende radiologische Gutachten Seite 7. Dort ist aufgeführt, dass der Tierschutzverein im Erdgeschoss zwei Räume nach erfolgter Sanierung ohne Nutzungseinschränkungen nutzen kann. Daraus resultiert sein Einwand, dass nur für diese Räume eine Nutzung vorliegt. Für die Restfläche gibt es diesbezüglich keine Nutzung. Herr Mayer stellt sich auch die Frage, inwieweit es zulässig ist, Tiere in radioaktivbelasteten Räumen unterzubringen. Es sollte geprüft werden, ob der Verein das Gebäude selbst übernimmt und die Stadt Freital ihn im Rahmen von Zuschüssen unterstützt.

Herr Weichlein wiederholt, dass der Verein das gesamte Gebäude nutzt. Die von Herrn Mayer erwähnten zwei Räume im Erdgeschoss stellen die Minimalvariante der Radonsanierung dar. Der Erbbaurechtsvertrag ist von 1996 und nicht von 1999.

Herr Nagel hat den Eindruck, dass Herr Mayer keine Kenntnis davon hat, was vor Ort von dem Tierschutzverein geleistet und die Diskussion unnötig in die Länge gezogen wird. Es ist eine Entscheidung zu treffen, wie es weitergeht. Dass ein Tierheim ein Zuschussgeschäft wie alle anderen freiwilligen Aufgaben bleiben wird, dürfte allen bewusst sein. Beunruhigend ist lediglich die Aussage des Vorstandes, dass dieser nächstes Jahr nicht mehr zur Wahl steht und damit nicht absehbar ist, wie es weitergehen wird.

Herr Mättig führt aus, dass der Verein immer bemüht ist, Spenden usw. einzutreiben, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Für das Tierheim gibt es eine Stiftung, mit deren Mitteln in der vergangenen Zeit zum Beispiel die gesamte Elektrik erneuert wurde.

Herr Käfer spricht sich für den Erhalt des Tierheimes auf dem Windberg und somit für die Vorlage aus.

Herr Rülke stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung der Vorlage.

Herr Wolframm äußert, dass der Verein eine gute Arbeit macht, die Vorlage aber noch nicht reif für eine Abstimmung ist. Es wird von einem Kaufpreis von 1 Euro gesprochen, es werden jedoch auch Kosten von 30.500 Euro für eine Teilsanierung erwähnt. Im Beschlussvorschlag wiederum steht, dass die Stadt Freital lediglich Grundstückseigentümer wird.

Herr Mättig unterbricht die Ausführungen von Herrn Wolframm, es gibt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und zu diesem sollte er sich äußern.

Herr Wolframm weist darauf hin, dass er als Fraktion zu dem Tagesordnungspunkt noch nicht zu Wort gekommen ist und somit noch Rederecht hat.

Herr Weichlein bestätigt die Aussage und verweist auf den § 19 Abs. 2 Nr. 2 der Geschäftsordnung.

Herr Wolframm fährt mit seinen Ausführungen fort. Mit der Ausgestaltung der vertraglichen Nutzung mit dem Tierschutzverein, ist auch die Finanzierung notwendiger baulicher Instandsetzungen, Sanierungsmaßnahmen zu klären. Die Umlandgemeinden beteiligen sich zwar am Betrieb aber nicht an den Kosten der Sanierung des Gebäudes. Welche Instandsetzungsmaßnahmen notwendig sind, ist dem Stadtrat nicht bekannt. Aus diesem Grund ist die Vorlage nicht aussagefähig. Er stellt den Antrag auf Vertagung des

Tagesordnungspunktes auf den nächsten Stadtrat und Vorlage der noch geforderten Unterlagen.

Herr Mättig spricht sich gegen die Vertagung aus. Es muss eine Entscheidung getroffen werden, die im Nachgang mit Kosten unterlegt werden kann.

Herr Richter stimmt den Ausführungen und dem Antrag von Herrn Wolfram auf Vertagung zu. Prinzipiell steht die Fraktion DIE LINKE. der Übertragung des Tierheimes auf die Stadt Freital positiv gegenüber. Dennoch müssen im Vorfeld die vertraglichen Dinge bis hin zur möglichen Sanierung geklärt werden.

Herr Mayer stimmt im Namen der AfD-Fraktion ebenfalls dem Antrag auf Vertagung zu. Wenn Herr Mättig ordentliche und vollumfassende Unterlagen bereitgestellt hätte, wäre heute eine Entscheidung möglich.

Herr Rülke weist auf seinen Geschäftsordnungsantrag zur Beendigung der Debatte und den Antrag von Herrn Wolfram auf Vertagung hin, welche nacheinander abzustimmen sind.

Herr Weichlein stellt richtig, das zuerst über den Geschäftsordnungsantrag abzustimmen ist, der der Weiterbehandlung am meisten entgegensteht. Welcher das wäre, darüber hat der Oberbürgermeister zu entscheiden.

Herr Mättig wird den Antrag von Herrn Wolfram auf Vertagung zuerst zur Abstimmung bringen.

Herr Funk legt dar, dass mit dem Erwerb des Grundstückes und dem gleichzeitigen Eintritt in den bestehenden Erbbaurechtsvertrag keine Folgekosten für die Stadt Freital entstehen. Laut Vertrag obliegt die Verpflichtung für die Sanierung bei dem Tierschutzverein.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Herr Mättig bringt den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Wolfram auf Vertagung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	32
Davon stimmberechtigt:	32
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	13
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen und die Vorlage wird in den nächsten Stadtrat vertagt.

Tagesordnungspunkt 8	B 2015/026
Änderung der Zustellung des Freitaler Anzeigers	

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA) am 28. April 2015

Herr Richter fehlt eine Aussage zu den Produktionskosten bei der Auslagevariante. Daher spricht sich die Fraktion DIE LINKE. für die Beibehaltung der Verteilung an alle Haushalte aus. Das die Verteilung über die Deutsche Post das Vierfache kostet ist der Fraktion bewusst.

Herr Gliemann spricht sich ebenfalls für die Verteilung durch die Deutsche Post aus, da davon auszugehen ist, dass die Verteilung an die Haushalte besser klappt als bisher.

Herr Pfitzenreiter fragt zur Verteilung durch die Deutsche Post, wo in der Sach- und Rechtslage von Gesamtkosten und in den finanziellen Auswirkungen von Mehrkosten gesprochen wird, worin der Unterschied liegt.

Frau Nestler antwortet, dass es sich um die gleichen Kosten handelt, aber andere Begriffe verwendet werden.

Herr Funk fügt hinzu, dass die Verteilung des Amtsblattes die Stadt Freital bisher kein Geld gekostet hat, in Zukunft dafür aber ca. 40.000 Euro pro Jahr aufgebracht werden müssen.

Herr Mayer spricht sich im Namen der AfD-Fraktion ebenfalls für die Verteilung des Amtsblattes durch die Deutsche Post aus.

Herr Nagel möchte wissen, da die öffentlichen Beschlüsse im Amtsblatt veröffentlicht werden, die dadurch Gesetzeskraft erlangen, ob es Probleme bei der Auslage gibt, da dadurch nicht alle Haushalte erreicht werden.

Herr Weichlein antwortet, dass diese entsprechend der Bekanntmachungssatzung nicht rechtswidrig wäre.

Herr Brandau befürwortet ebenfalls die Zustellung des Amtsblattes durch die Deutsche Post.

Frau Weigel spricht sich vor allem für die ältere Bevölkerung dafür aus, das Amtsblatt mit der Deutschen Post zuzustellen.

Herr Wolframm führt aus, dass die Fraktion SPD/Die Grünen einstimmig der Variante Verteilung durch die Deutsche Post zustimmt. Damit ist die Hoffnung verbunden, dass die Verteilung in jeden Haushalt besser klappt als bisher.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Da aus den Wortmeldungen ersichtlich ist, dass die Mehrheit der Stadträte sich für die Verteilung des Amtsblattes durch die Deutsche Post ausspricht, bringt Herr Mättig lediglich den Punkt 1 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 043/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital stimmt der Verteilung der Amtsblätter an jeden Freitaler Haushalt durch die Deutsche Post zu und beauftragt den Oberbürgermeister die Umsetzung zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	32
Davon stimmberechtigt:	32
Ja-Stimmen:	29
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	3

Neubau eines zentralen Serverraumes für die Verwaltung der Großen Kreisstadt Freital

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss (TUA)

am 23. April 2015

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 28. April 2015

Herr Leuschner erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Brandau stellt den Antrag, die Vorlage in die Ausschüsse zurückzuweisen. Er hätte gern dargelegt, welche Standorte noch untersucht wurden und weshalb diese nicht in Betracht gezogen werden. Neben der Stadt Freital gibt es die städtischen Gesellschaften, die Herr Brandau als Konzern sieht. Auf Nachfrage bei der FREITALER STROM + GAS GMBH wurde ihm mitgeteilt, dass dort die Möglichkeit besteht, die Server unterzubringen. Damit wären in der Hüttenstraße 14 keine Umbauarbeiten notwendig und die Mittel könnten im Haushalt 2015 eingespart werden.

Herr Leuschner legt dar, dass die Standorte Hüttenstraße 14, Technologie- und Gründerzentrum sowie FREITALER STROM + GAS GMBH untersucht wurden. Es gab verschiedene Kriterien die für jeden Standort nebeneinander gelegt wurden. Ein ausschlaggebendes Kriterium für den Standort Hüttenstraße 14 ist, dass dieser außerhalb des Hochwasserschutzes HQ 200 liegt. Die vertiefenden Untersuchungen hinsichtlich des Standortes Hüttenstraße sind bereits im letzten Jahr beauftragt worden, da dies im Haushalt so schon vorgesehen gewesen ist. Demzufolge ist der Standort Hüttenstraße nicht neu. Eine Vertagung der Vorlage hätte zur Folge, dass die Maßnahme immer weiter nach hinten geschoben wird. Es besteht jedoch dringend Handlungsbedarf.

Herr Richter spricht sich gegen den Antrag von Herrn Brandau auf Vertagung aus. Der Standort Hüttenstraße bietet die entsprechenden Möglichkeiten für einen Serverraum.

Herr Pfitzenreiter sieht den Serverraum als wichtig an, für eine funktionsfähige Verwaltung. Schon während der Haushaltsdiskussion war bekannt, dass dieser Standort von der Verwaltung favorisiert wird.

Herr Brandau erkennt keinen triftigen Grund, weshalb eine Verschiebung um vier Wochen nicht möglich ist. Wenn die Räume in der FREITALER STROM+GAS GMBH zur Verfügung stehen, sollte diese Möglichkeit deutlich dargestellt werden. Die Einsatzzentrale selbst kann in der Hüttenstraße sein. Er behält seinen Antrag auf Vertagung aufrecht.

Herr Leuschner ergänzt, dass eine Versorgung des zentralen Serverraums im Katastrophenfall über eine Notfallenergieanlage Bestandteil der Planung ist.

Frau Darmstadt spricht sich gegen den Antrag von Herrn Brandau aus.

Herr Mayer befürwortet den Standort Hüttenstraße, vor allem mit Blick auf die Hochwassersicherheit, die so bei der FREITALER STROM+GAS GMBH nicht gegeben ist. Die AfD-Fraktion spricht sich gegen den Antrag von Herrn Brandau auf Vertagung aus.

Da es zum Antrag von Herrn Brandau keine weiteren Wortmeldungen gibt bringt Herr Mättig diesen zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	32
Davon stimmberechtigt:	32
Ja-Stimmen:	3
Nein-Stimmen:	28
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung der Vorlage.

Beschluss-Nr.: 044/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Beauftragung der Ausführungsplanung und die Bauausführung für einen zentralen Serverraum für die Verwaltung der Großen Kreisstadt Freital. Die Umsetzung steht unter Finanzierungsvorbehalt (Bestätigung Haushaltssatzung 2015).

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	32
Davon stimmberechtigt:	32
Ja-Stimmen:	28
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	2

Tagesordnungspunkt 10	B 2015/029
Verordnung über die verkaufsoffenen Sonntage 2015	

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss (FVA)

am 28. April 2015

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 045/2015

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Verordnung der Großen Kreisstadt Freital über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2015.

Abstimmungsergebnis	
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	32
Davon stimmberechtigt:	32
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	6
Stimmenthaltungen:	3

Herr Mättig beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.